

AKTIONEN ZUM 1. MAI 2018



Kobalt:

Wer produziert meinen Handy-Akku



Editorial

Die Bedeutung von Lithium-Ionen-Akkus ist in den letzten Jahren gewaltig gestiegen. Handys, Computer und Tablets benötigen diese und mehr und mehr elektrisch betriebene Fahrzeuge fahren auf den Straßen. Amnesty International und Afrewatch wiesen im Jahr 2016 im Bericht „This is What We Die For“ auf die katastrophalen Produktionsbedingungen und die Kinderarbeit hin. Dieser Bericht löste bei den verarbeitenden Betrieben Reaktionen aus und führte zu manchen Verbesserungen. Im Bericht „Time to Recharge“ bewerteten Amnesty International und Afrewatch Strategien und Praktiken von Unternehmen, wie weit sie ihrer Verantwortung nachkommen, sich um die menschenrechtlichen Bedingungen in den Zulieferbetrieben zu kümmern. Es liegt noch ein weiter Weg zur Verwirklichung von guten Menschenrechtsstandards vor uns.

Helfen Sie mit. Wie jedes Jahr, haben wir Aktionen vorbereitet und laden Sie ein, sich für Aktivist*innen einzusetzen, indem Sie die beiliegenden Briefe unterzeichnen und an die zuständigen Behörden schicken. Natürlich freuen wir uns, wenn Sie mit uns in Kontakt treten und bei uns persönlich mitarbeiten.

Wir danken für Ihren Einsatz.

*Das Team des Netzwerks
Arbeit, Wirtschaft und soziale
Rechte*

Impressum:

Amnesty International Österreich
Netzwerk Arbeit, Wirtschaft und soziale
Rechte
c/o Moeringgasse 10/1, A 1150 Wien
E-Mail: gewerkschafterInnen@amnesty.at
© Fotos: Amnesty International und
Afrewatch
Eigene Herstellung, April 2018

MANGELNDE ARBEITSRECHTE IN DER KOBALT-INDUSTRIE

Jeden Tag verwenden wir Handys, Computer, Tablets und manche fahren mit elektrischen Autos. Diese Technologie gilt als sauber, weil es keine unmittelbaren Emissionen von CO₂ gibt. Diese Geräte benötigen hochentwickelte Lithium-Ionen-Akkumulatoren, für deren Herstellung u.a. der Rohstoff Kobalt notwendig ist. Die Nachfrage nach diesem Rohstoff wird immer größer.

Mehr als 50% der weltweiten Kobaltlieferungen stammen aus der Demokratischen Republik Kongo (DRC). 110.000 bis 150.000 Bergleute arbeiten im Süden des Landes, aus dem 20% des exportierten Kobalts kommen. Diese Menschen bauen Kobalt mit primitiven Werkzeugen ab, ohne jeglichen Schutz und unter miserablen Arbeitsbedingungen.



Amnesty International gab in den letzten Jahren einige Berichte heraus, in denen schwere Menschenrechtsverletzungen festgestellt wurden:

- Fehlende Schutz- oder Sicherheitsausrüstung
- Keine Kranken- oder Unfallversicherung
- Einsatz von Kindern im Alter von 7 Jahren

Weiters untersuchte Amnesty International weiterverarbeitende Unternehmen. Diese haben die Verantwortung, die Bedingungen, unter denen Zulieferbetriebe arbeiten lassen, nach menschenrechtlichen Gesichtspunkten zu hinterfragen. Die Mehrheit der Unternehmen kümmert sich nicht um diese Angelegenheiten.

Die UN Guiding Principles on Business and Human Rights verpflichten die Unternehmen dazu, internationale Menschenrechte in ihrer Arbeit einzuhalten und dafür Sorge zu tragen, dass dies auch bei ihren Zulieferern der Fall ist.

Die Regierung der DRC hat es nicht geschafft, entsprechende Maßnahmen zu setzen, um die Arbeitsbedingungen der Bergleute zu verbessern und Kinderarbeit zu verbieten.

Links zum Thema:

<https://www.amnesty.org/en/search/?q=DRC+Cobalt>
<https://www.amnesty.org/en/documents/afr62/3183/2016/en/>
<https://www.amnesty.org/en/documents/afr62/7395/2017/en/>
<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2017/11/industry-giants-fail-to-tackle-child-labour-allegations-in-cobalt-battery-supply-chains/>

DIE VERANTWORTUNG DER WEITERVERARBEI- TENDEN BETRIEBE

Ende 2015 kontaktierte Amnesty International Unternehmen, von denen sie vermuteten, diese würden Kobalt verwenden, welches unter gefährlichen Bedingungen und teilweise von Kindern abgebaut wird.

Diesen Unternehmen können potentielle Geschäftsbeziehungen mit dem Schmelzbetrieb Huayou Cobalt nachgewiesen werden.

Ein hundertprozentiges Tochterunternehmen von Huayou Cobalt ist größter Käufer von Konflikt-Kobalt aus dem Süden der Demokratischen Republik Kongo.

2017 schrieb Amnesty International erneut Briefe an die Unternehmen, um zu evaluieren, welche Änderungen diese vorgenommen haben um Menschenrechtsverletzungen in ihrer Kobalt-Lieferkette vorzubeugen.

Folgende fünf Schlüsselfragen spiegeln den Inhalt dieser Briefe wieder und entsprechen internationalen Standards:

1. Hat das Unternehmen seine Lieferbeziehungen in die Demokratische Republik Kongo und zu Huayou Cobalt untersucht?
2. Verfügt das Unternehmen über solide Richtlinien und Systeme zur Erkennung von Menschenrechtsrisiken und -missbrauch in seiner Kobalt-Lieferkette?
3. Hat das Unternehmen Maßnahmen ergriffen, um Schwachstellen zu identifizieren und Menschenrechtsrisiken und Menschenrechtsverletzungen zu erkennen?
4. Hat das Unternehmen Informationen über die Menschenrechtsrisiken und Menschenrechtsverletzungen in seiner Kobalt-Lieferkette veröffentlicht?
5. Hat das Unternehmen Maßnahmen ergriffen, um Menschenrechtsrisiken zu mindern oder Schäden im Zusammenhang mit seiner Kobalt-Lieferkette zu beheben?

Im Anschluss wurden die Unternehmen auf Grundlage aller von ihnen eingegangenen Antworten und anderer öffentlicher Informationen bewertet.

Eine Zusammenfassung der Bewertung finden Sie auf dem Beiblatt im Inneren dieses Folders.

Amnesty International empfiehlt allen Unternehmen ihre Lieferkette für Kobalt und andere Mineralien sorgfältig zu prüfen, ihre Prüfpolitik und Praktiken offen zu legen und in Übereinstimmung mit internationalen Standards zu bringen.

EIN BERICHT ZEIGT WIRKUNG

Im Jänner 2016 publizierte Amnesty International gemeinsam mit der kongolesischen NGO African Resources Watch (Afresource) den Bericht „This is What We Die For“, in dem aufgezeigt wird, wie Kobalt, welches unter gefährlichen Umständen von Kindern und Erwachsenen abgebaut wird, Einzug in die Lieferkette einiger der weltweit größten Elektronik- und Autohersteller findet.

Dieser Bericht entfachte viele Gegenmaßnahmen, auf welche 2017 in einem Update unter dem Titel „Time to Recharge“ eingegangen wird.

Maßnahmen der Regierung der DRK:

- Amnesty International und andere Zivilorganisationen wurden eingeladen, um Feedback zur überarbeiteten Strategie zur Bekämpfung von Kinderarbeit zu geben.

Maßnahmen der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung):

- neue Ausgabe der Leitlinien für alle Mineralien
- neue Leitlinien zur Identifizierung und Bekämpfung von Kinderarbeit in der Mineralienlieferkette
- ein Handbuch über Risiken im Zusammenhang mit Produktion und Handel von natürlichen Ressourcen (in Arbeit)

Unternehmen, die durch den Bericht 2016 ins Rampenlicht gerückt wurden, haben damit begonnen, gemeinsam die Instrumente zu diskutieren, zu entwickeln und zu verbreiten, die sie zur Durchführung ihrer Sorgfaltspflicht in ihren Lieferketten einsetzen wollen. Die jüngste Zunahme von Initiativen ist ein deutliches Zeichen dafür, dass die Unternehmen hinter der „Revolution der sauberen Energie“ die Bedeutung von Kobalt für ihr Geschäft erkennen. Sie spiegelt auch den Wunsch dieser Unternehmen wider, Reputationsschäden an ihren Marken und Produkten zu vermeiden, die durch Kinderarbeit und andere schwere Menschenrechtsverletzungen verursacht werden.

Alle Beteiligten setzen Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinderarbeit. Leider musste Amnesty International insbesondere die Pläne und Strategien der Regierung mit Mängeln bewerten.

Außerdem wird anderen Menschenrechtsverletzungen, neben der Kinderarbeit zu wenig Beachtung geschenkt.

Es ist von allen Beteiligten noch viel zu tun, um die Situation der kongolesischen Minenarbeiter zu verbessern und auf internationale Standards ohne Verletzungen ihrer Menschenrechte zu heben.

Aktionen zum 1. Mai

Anlässlich des Tages der Arbeit bitten wir Sie, an Appellaktionen zugunsten verfolgter Menschenrechtsverteidiger*innen teilzunehmen. Appellbriefe liegen bei.

Ägypten: Shawkan



Der Fotojournalist Mahmoud Abu Zeid wurde am 14. August 2013 von der ägyptischen Polizei festgenommen, als er einen Sitzstreik von Anhänger*innen des gestürzten ägyptischen Präsidenten Mohammed Mursi auf dem Rabaa-al-Adawiya-Platz in Nasr City, einem Stadtteil von Kairo, fotografierte.

Der 29-Jährige steht gemeinsam mit 738 weiteren Angeklagten vor Gericht. Zu seinen Mitangeklagten zählen auch Führungspersonlichkeiten der Muslimbruderschaft. Gegen den Fotografen wurden neun konstruierte Anklagepunkte erhoben, darunter „Mord“. Bei einem Schuldspruch könnte der gewaltlose politische Gefangene daher zum Tode verurteilt werden. Mahmoud Abu Zeid wird von den ägyptischen Behörden seit über vier Jahren in Haft gehalten, seine Anhörung vor dem Kairoer Strafgericht wurde bereits mehr als 40 Mal vertagt. Mehrere Inhaftierte, darunter auch Mahmoud Abu Zeid, haben Foltervorwürfe gegen die Gefängnisverwaltung erhoben. Mahmoud Abu Zeid leidet an Hepatitis C, und sein Gesundheitszustand verschlechtert sich im Gefängnis zusehends.

Der 29-Jährige steht gemeinsam mit 738 weiteren Angeklagten vor Gericht. Zu seinen Mitangeklagten zählen auch Führungspersonlichkeiten der Muslimbruderschaft. Gegen den Fotografen wurden neun konstruierte Anklagepunkte erhoben, darunter „Mord“. Bei einem Schuldspruch könnte der gewaltlose politische Gefangene daher zum Tode verurteilt werden. Mahmoud Abu Zeid wird von den ägyptischen Behörden seit über vier Jahren in Haft gehalten, seine Anhörung vor dem Kairoer Strafgericht wurde bereits mehr als 40 Mal vertagt. Mehrere Inhaftierte, darunter auch Mahmoud Abu Zeid, haben Foltervorwürfe gegen die Gefängnisverwaltung erhoben. Mahmoud Abu Zeid leidet an Hepatitis C, und sein Gesundheitszustand verschlechtert sich im Gefängnis zusehends.

Fordern Sie die unverzügliche und bedingungslose Freilassung von Mahmoud Abu Zeid! Unterschreiben Sie den Appellbrief.

Iran: Gewerkschafter inhaftiert

Esmail Abdi, Reza Shahabi, Ebrahim Madadi und Davoud Razavi sind vier Gewerkschaftsaktivisten, die wegen ihrer friedlichen Menschenrechtsaktivitäten zur Unterstützung der Arbeitnehmerrechte zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden.

Der Gewerkschafter Esmail Abdi ist Lehrer und ehemaliger Generalsekretär der Teheraner Lehrer*innengewerkschaft und Mitglied des Vorstands der Gewerkschaft. Er sitzt eine sechsjährige Haftstrafe ab. Er hatte Demonstrationen von Lehrer*innen gegen schlechte Löhne, das unzureichende Bildungsbudget und die Inhaftierung von Lehrer*innengewerkschaftern organisiert.

Reza Shahabi ist Vorstandsmitglied des Syndikats der Arbeiter der Teheran and Suburbs Bus Company, einer Gewerkschaft für Arbeiter der United Bus Company of Teheran (Sherkat Vahed). Er verbüßt eine sechsjährige Haftstrafe.

Ebrahim Madadi und Davoud Razavi, zwei Mitglieder der Busfahrgewerkschaft, warten seit Oktober 2017 auf das Ergebnis ihrer Berufung.

Fordern Sie die Freilassung der Gewerkschafter! Unterschreiben Sie den beiliegenden Appellbrief.

Thailand: Arbeitsrechtsaktivist inhaftiert



Somyot Prueksakasemsuk, ein Arbeitsrechtsaktivist und ehemaliger Herausgeber einer Zeitschrift, verbüßt eine zehnjährige Haftstrafe für die Veröffentlichung von zwei Artikeln, die als Beleidigung der thailändischen Monarchie gelten und gegen Artikel 112 des thailändischen Strafgesetzbuches verstoßen. Seit seiner Verhaftung am 30. April 2011 ist er inhaftiert und legt gegen die Entscheidung des Gerichts Berufung ein.

Während ihrer Sitzung im August 2012 prüfte die UN-Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierung seinen Fall und kam zu dem Schluss, dass seine Inhaftierung willkürlich ist und gegen Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und Artikel 19 Absatz 2 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) verstößt, dem Thailand beigetreten ist. Die Arbeitsgruppe forderte seine Freilassung. Trotz dieser Feststellung hat das Gericht wiederholte Anträge auf Kaution sowohl vor als auch nach dem Verfahren abgelehnt. Etwa 15 Kautionanträge wurden abgelehnt, zuletzt im Juli 2013.

Während ihrer Sitzung im August 2012 prüfte die UN-Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierung seinen Fall und kam zu dem Schluss, dass seine Inhaftierung willkürlich ist und gegen Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und Artikel 19 Absatz 2 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) verstößt, dem Thailand beigetreten ist. Die Arbeitsgruppe forderte seine Freilassung. Trotz dieser Feststellung hat das Gericht wiederholte Anträge auf Kaution sowohl vor als auch nach dem Verfahren abgelehnt. Etwa 15 Kautionanträge wurden abgelehnt, zuletzt im Juli 2013.

Fordern Sie die Freilassung von Somyot Prueksakasemsuk! Unterschreiben Sie den Appellbrief.

Niger: Menschenrechtsverteidiger inhaftiert

Die vier Menschenrechtsverteidiger Moussa Tchangari, Ali Idrissa, Nouhou Arzika und Lirwana Abdourahamane gehörten zu einer Gruppe von Menschen, die am 25. März von Sicherheitskräften in Niamey festgenommen und inhaftiert wurden. Man beschuldigt sie der „Organisation und Teilnahme an einer verbotenen Demonstration“, „Tatbeteiligung an Gewalt“, „gewalttätiger Angriff“ und „Zerstörung“ in Verbindung mit einer friedlichen Protestveranstaltung, die ihre Organisationen zwar koordiniert hatten, an denen sie aber nicht teilnahmen. Sie sind Mitglieder der Alternative Bürgerräume (*Alternatives Espaces Citoyens*, AEC), einer Menschenrechtsorganisation, die für wirtschaftliche und soziale Rechte eintritt und die Straflosigkeit in Niger bekämpft.

Der Bezirksvorsitzende von Niamey hatte die Protestveranstaltung wegen seiner Ansicht nach „offensichtlichen Sicherheitsbedenken... und angesichts des Sicherheitszusammenhangs in Niger und in der Subregion und andererseits angesichts der jüngsten Terroranschläge“ am 23. März verboten. Früher im selben Monat war eine öffentliche Versammlung zur Unterstützung des Gesetzes jedoch nicht verboten worden.

Fordern Sie die Freilassung der Aktivisten! Unterschreiben Sie den beiliegenden Appellbrief.